

Flüchtlingsrat Brandenburg  
Eisenhartstr.13  
14469 Potsdam  
Tel./Fax: 0331-716499

Informationsrundbrief des Flüchtlingsrats  
Brandenburg November 2007

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de  
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

**Bankverbindung:**  
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam  
KtoNr.: 350 10 10 000, BLZ: 160 500 00

Protokoll der Sitzung des FR vom 28.11.2007  
Infodienst von November 2007



*Wir wünschen Euch allen eine schöne Weihnachtszeit und einen Guten Rutsch ins neue Jahr!  
Die nächste Flüchtlingsratssitzung findet am 30.01.2008, 16 Uhr in Potsdam statt!*

**TOPs 28.11.2007:**

1. **Blitzlicht** - was geschieht derzeit in den einzelnen Landkreisen und Städten
2. **Schwerpunkt AGs: Berichte und Diskussion zu den Themen:**
  - AG Heime: Umzug des Heims Sedlitz nach Bahnsdorf - Proteste und wie weiter;
  - AG Beratung: Planung zur Evaluierung der Qualität der Beratung in Brandenburg;
  - AG Residenzpflicht: Studie zur Residenzpflicht - Planung, Diskussion, Förderung und Forderungen;
  - AG Leistung: Kleine Anfrage zur Umsetzung der Leistungen in Brandenburg; Sachstand Leistungsrückstufungen nach AsylbLG (48 Monate gekürzte Leistungen);
  - AK Tschetschenien: Rückblick auf die Veranstaltungen des letzten Monats zu tschetschenischen Flüchtlingen in Europa, der DUBLIN I-Verordnung und der Situation in Brandenburg. Kooperationsmöglichkeiten mit anderen AktivistInnen
3. **Die gesetzliche Bleiberechtsregelung - wie steht es damit in Brandenburg?** Sachstand aus dem IM und Erfahrungen aus der Beratung
4. **Aktionstage**
  - Tag der Menschenrechte 10.12.2007
  - DENKZETTEL März 2008
5. **DIVERSES**
  - Anfrage zu AWO-Heimtagarten: wer hat damit Erfahrung in letzter Zeit?
  - DRK-Suchdienst

**1. Blitzlicht aus Brandenburg**

- Aus Bahnsdorf wird berichtet, dass die Aktion gegen den Umzug der Flüchtlinge aus Sedlitz am 30.11. starten wird. Vor einigen Wochen hatten die dort lebenden 47 Personen die Anordnung erhalten, nach Bahnsdorf umzuziehen, da das Heim in Sedlitz renoviert werden müsse. Eigentlich hatte der Kreistag beschlossen, Bahnsdorf zu schließen, doch nun müssen sich die Flüchtlinge für angeblich 18 Monate mit dem Heim im Wald zufrieden geben. Die Flüchtlinge sind nicht gewillt, nach Bahnsdorf ins Heim zu ziehen, da hier die Integration noch unmöglicher wird. Sie haben eine Petition eingereicht, die der Landrat zwar zur Kenntnis nahm, aber als nicht zutreffend abtat. 6 Personen haben nach den ersten Protesten zum Umzug eine Wohnung erhalten, 12 Personen (+ 2 Kinder) hatten gegen den Umzug einen Eilantrag gestellt, der am

29.11. vor dem VG Cottbus abgelehnt wurde. Das Rechtsamt des Landkreises äußerte ebenso wie das Gericht, dass der Gesetzgebern nun mal die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vorrangig vorsieht. Das Rechtsamt sieht darin auch eine nötige Abschreckung gegen ausreiseverpflichtete Flüchtlinge...Die Flüchtlinge werden dennoch weiterhin protestieren.

## 2. Die Arbeitsgruppen des FR - ein kurzer Abriss der Arbeitsstände

1. **AG Heime:** beschäftigt sich derzeit hauptsächlich mit dem Umzug nach Bahnsdorf. Es sind außerdem Verhandlungen zwischen Barnim und Uckermark zur Zusammenlegung der Heime in Prenzlau bekannt geworden. Die Zuständigkeiten der Behörden ist aber nicht geklärt und das ganze noch nicht spruchreif.
2. **AK Tschetschenien:** Der AK hat gemeinsam mit borderline-europe, Menschenrechte ohne Grenzen e.V. ein Fachgespräch zur „Situation tschetschenischer Flüchtlingen in Osteuropa, DUBLIN II und was wir in Brandenburg damit zu tun haben“ durchgeführt. Eingeladen waren Frau Tina Ismajlova, Mitarbeiterin des Europaabgeordneten Bart Staes und Ramzan Ampukaev, stellvertretender Vorsitzender der exiltschetschenischen Community in Europa, beide aus Belgien. Beide haben diverse Recherchereisen nach Polen, in die Slowakei und die Ukraine unternommen, Ampukaev hat selber als Flüchtling 7 Jahre in Polen gelebt. Ein Bericht der Veranstaltung wird vorbereitet.
3. **AG Leistungen:** Eine kleine Anfrage zu Leistungen nach § 1a AsylbLG und zu den Rückstufungen nach dem neuen Zuwanderungsgesetz ist in Vorbereitung. Die AG trifft sich voraussichtlich am 14.01.2008, Uhrzeit wird noch bekannt gegeben.
4. **AG Beratung:** die AG hat sich vor einigen Wochen zu 2 Schritten entschlossen: einerseits eine Evaluation der Beratungsqualität. Dazu werden erste Gespräche mit den Betroffenen geführt. Daraus sollen erste kleine Fragebögen für die Beratungsstellen entstehen. Die Fragen nach der Beratung und nach den Wünschen der Flüchtlinge werden anonym behandelt und sollen per Rückumschlag an den FR gehen. Die Antworten dienen zur Entwicklung eines vernünftigen Fragebogens, der sich an Beratungsstellen, Heime, sonstige Mitarbeiter in Behörden und Betroffene richtet. Es wurde beschlossen, dass diese Evaluation, die ja schon einmal in der Beratungsstellen AG des Integrationsbeirats angedacht war und dann abgelehnt wurde, auch mit der Unterstützung des Landes durchgeführt werden sollte. Ein neuer Vorstoß im Integrationsbeirat wird evtl. versucht werden.  
Zum anderen soll eine neue kleine Hilfsbroschüre für das Asylverfahren in Brandenburg aufgelegt werden. Die alte Broschüre „Take the right Steps“ ist nicht mehr aktuell.
5. **AG Residenzpflicht:** Eine Studie zur Residenzpflicht und deren Umsetzung ist die Idee der AG. Die Finanzierung der Studie, die von der Journalistin Beate Selders durchgeführt werden soll, ist derzeit in der Diskussion. Die Studie soll bundesweite Bedeutung bekommen, eine Broschüre mit Forderungen etc. ist in der Folge angedacht. Derzeit führt der Flüchtlingsrat über verschiedene VertreterInnen in den Landkreisen und kreisfreien Städten kleine Anfragen zur Umsetzung der Residenzpflicht durch.

## 3. Umsetzung der IMK-Bleiberechtsregelung

Derzeit wird in allen Bundesländern ausgewertet, was die IMK-Bleiberechtsregelung denn nun gebracht hat. In Brandenburg wurde in der Erteilung in den Landkreisen sehr unterschiedlich verfahren. Nun liegen aber endlich die bundesweiten Zahlen vor, hier zusammengefasst vom FR Berlin (Georg Classen) und FR Hessen.

„Nach der (ärgerlicherweise zunächst unvollständigen) Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei und den hierzu ergänzenden Angaben auf eine Nachfrage der Grünen lassen sich nunmehr auch Prozentberechnungen zum Ergebnis der Bleiberechtsregelung der Innenministerkonferenz vom 16.11.2006 anstellen, vgl. [http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Antwort\\_KA\\_16\\_6832\\_Bleiberecht.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Antwort_KA_16_6832_Bleiberecht.pdf)  
Demnach sieht die Bilanz der IMK-Regelung zum Stichtag 30.09.2007 wie folgt aus:

Gewonnen in der Hauptdisziplin Aufenthaltserlaubnisse im Verhältnis zu Geduldeten haben Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. Bei den Aufenthaltserlaubnissen im Verhältnis zu gestellten Anträgen liegen Bayern, Rh-Pfalz, Hessen und Brandenburg vorn. Auf den vier letzten Plätzen finden sich jeweils Berlin, Bremen, MeckPomm und das Saarland. Es ist offensichtlich, dass Rot-Rot-Berlin die nicht nur beim Bleiberecht extrem restriktiv handelnde Berliner Ausländerbehörde nach wie vor politisch weder unter Kontrolle hat, noch hierzu hinreichend nachdrückliche Anstrengungen unternimmt. Mit freundlichen Grüßen, Georg Classen

[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)

	Duldungen gesamt (Stichtag 31.10.06)	Anträge (im Verhältnis zu den Dul- dungen)	Aufenthaltser- laubnis (% der Anträge)	AE (% der Dul- dungen)	Duldung zur Arbeits- suche	Ablehnun- g	Noch nicht entschiede- n
BaWü	21.964	10.194 (46,4%)	3.036 (29,8%)	3.036 (13,8%)	2.740	973	3.445
Bayern	12.379	3.400 (27,5%)	1.618 (47,6%)	1.618 (13,1%)	1.283	409	90
Berlin	8.993	3.098	583 (18,8%)	583	k.A.	466 [1]	k.A.

		(34,4%)		(6,5%)			
<b>Brandenburg</b>	<b>3.323</b>	<b>1.078 (32,4%)</b>	<b>418 (38,8%)</b>	<b>418 (12,6%)</b>	<b>333</b>	<b>227</b>	<b>344</b>
Bremen	3.226	1.054 (32,7%)	128 (12,1%)	128 (4,0%)	151	187	621
Hamburg	8.515	2.660 (31,2%)	735 (27,6%)	735 (8,6%)	k.A.	697	1.244
Hessen	13.476	7.625 (56,6%)	3.029 (39,7%)	3.029 (22,4%)	3.907	694	565
MeckPomm	2.383	639 (26,8%)	84 (13,1%)	84 (3,5%)	297	133	312
Niedersachsen	22.870	6.824 (29,8%)	2.362 (34,6%)	2.362 (10,3%)	7.607	1.383	244
NRW	58.160	26.275 (45,2%)	5.416 (20,6%)	5.416 (9,3%)	10.711	2.396	9.890
RLP	5.864	2.408 (41,1%)	1.055 (43,8%)	1.055 (18,0%)	676	k.A.	k.A.
Saarland	2.032	788 (38,8%)	47 (6,0%)	47 (2,3%)	460	73	572
Sachsen	4.458	1.679 (37,7%)	340 (20,3%)	340 (7,6%)	600	185	995
Sachsen-Anhalt	5.161	1.874 (36,3%)	411 (21,9%)	411 (8,0%)	294	248	k.A.
Schleswig-Holstein	3.076	1.099 (35,7%)	216 (19,7%)	216 (7,0%)	291	218	170
Thüringen	2.446	1.162 (47,5%)	301 (25,9%)	301 (12,3%)	484	62	810
Deutschland	178.326	71.857 (40,3%)	19.779 (27,5%)	19.779 (11,1%)	29.834	7.885	19.302

[1] diese und weitere Zahlen zu Berlin siehe [http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Statistik\\_Berlin%20280807.pdf](http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Statistik_Berlin%20280807.pdf)

**Zusammenstellung der Tabelle und Prozente:** Hessischer Flüchtlingsrat, Leipziger Str. 17  
60487 Frankfurt, Tel: 069 - 976 987 10, Fax: 069 - 976 987 11, [hfr@fr-hessen.de](mailto:hfr@fr-hessen.de), [www.fr-hessen.de](http://www.fr-hessen.de)

Für die gesetzliche Regelung sehen die TeilnehmerInnen der Sitzung keine großen Verbesserungschancen, da das Innenministerium Brandenburg vor allem rät, sich einen Arbeitsplatz zu suchen, was bekanntlich sehr schwer ist. In einem Gespräch des FR mit dem IM im November wird bestätigt, dass es vorerst keinen eigenen Erlass in Brandenburg gibt und demnach die Bundesregelung gelte. Hätten die Ausländerbehörden Entscheidungsprobleme sollen sie sich erst mal an den IMK-Erlass halten. Dennoch klang an, dass auch das brandenburgische IM daran arbeitet, einen Erlass zu erstellen. Aus Sachsen - Anhalt wurde berichtet, dass man es in einigen Städten geschafft habe, Sozialamt, Ausländerbehörden, Arbeitsagenturen, FlüchtlingsvertreterInnen und Betroffene an einen Tisch zu bekommen, um das Problem gemeinsam zu thematisieren und zu diskutieren. In Brandenburg zeigen die Gespräche mit der Arbeitsagentur leider derzeit keine großen Erfolge, BeraterInnen berichten, dass viele Mitarbeiter in den Agenturen die Problematik nicht kennen. Das hieße, eine weitere Aufklärungsarbeit wäre dringend notwendig.

Ein weiteres Problem wird sich mit den Verlängerungen der IMK-Aufenthaltserlaubnisse ergeben, da auch hier die Arbeitsplätze fehlen. Wir scheinen also damit rechnen zu müssen, dass viele Menschen zurück in die Duldung fallen oder ggf. mit etwas Glück einen Aufenthalt nach 25 (5) AufenthG bekommen. Der Flüchtlingsrat Berlin ruft auf, Knackpunkte der IMK-Regelung aufzulisten und zusammenzustellen, am 6.12. wird es mit der Aktionsgruppe „Hier geblieben!“ und den Jugendlichen ohne Grenzen Aktionen am Rande der Innenministerkonferenz geben, wo auch gezeigt werden soll, dass die Umsetzung eben nur knapp 20.000 der fast 180.000 Geduldeten in eine Aufenthaltserlaubnis gebracht haben. Das Programm gibt es weiter unten.

#### 4. Aktionstage

Aufgrund des Kapazitätsmangels in diesem Jahr wird der Flüchtlingsrat keine Aktion zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10.12. machen.

Wir bitten allerdings schon jetzt alle, über den nächsten DENKZETTEL nachzudenken!!!! Reicht Eure Vorschläge bei uns ein!!!!

#### 5. DIVERSES

- Der Suchdienst des DRK bietet nun auch an, Haftbescheinigungen weltweit zu besorgen, wenn diese notwendig sind! Ebenso bemühen sie sich um die Bescheinigung der Internierung von Jüdischen Zuwanderern und um die Beschaffung von Urkunden. Der Suchdienst vermisster Personen läuft über das DRK Generalsekretariat, Suchdienst München, Chiemgaustr. 109, 81549 München, 089-6807730, info@drk-suchdienst.org. , Familienzusammenführung: DRK-Generalsekretariat Suchdienst Hamburg, Amandastr. 72-74, 20357 HH, 40-432020, [auskunft@drk-sdhh.de](mailto:auskunft@drk-sdhh.de). Hier kann man auch die Bescheinigungsinfos bekommen.
- Bitte um Rückmeldung: Hat in letzter Zeit irgendjemand Erfahrungen mit dem „Rückkehrprojekt“ AWO-Heimtagarten gemacht? Wenn ja, bitte bei uns melden!

#### Der Anhang:

- Infodienst
- Termine
- Bücher und Broschüren
- Rundbriefe anderer FRs und Gruppen
- Urteile
- Tipps und Sonstiges
- Brandenburg Live
- Pro Asyl Infomappe
- „Hier geblieben!“ Aufruf

#### Infodienst: Neues von Oktober - November 2007

##### LÄNDERINFOS:

- Die irakische Botschaft Berlin hat am 17.10.2007 genauere Informationen veröffentlicht, wie man nun die irakischen Reisepässe der Serie G erhalten kann. Näheres unter [http://www.iraqiembassy-berlin.de/docs/de/anzeige75\\_de.php](http://www.iraqiembassy-berlin.de/docs/de/anzeige75_de.php) Kanzlei Lerche Schröder; Fahlbusch Hannover)  
**ZUWANDERUNGSGESETZ-SOZIALES/ARBEIT/AUFENTHALTSGESETZ...**

- G.Classen 13.11.2007: durch das EU-Richtlinienumsetzungsgesetz wurden auch die Regelungen über die "Integrationskurse" in § 43 ff AufenthG neu gefasst. Dies macht auch eine Anpassung der Integrationskursverordnung - IntV erforderlich. Den vom Bundesinnenministerium verfassten "Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler (Integrationskursverordnung- IntV)" mit Stand vom 04.10.2007 gibts hier (Links zum Schleswig Holsteinischen Landkreistag): [Synopse geltende IntV - Entwurf IntV](#), [Entwurf Änderungen IntV mit Begründung](#), Das Inkrafttreten scheint in etwa zum 1.1.2008 avisiert.

##### DIVERSES

- G. Classen, FR Berlin, 17.11.207: der Bundestag hat heute in 2. und 3. Lesung beschlossen, dass Migranten mit **voraussichtlich dauerhaftem Aufenthaltsrecht** künftig allein aufgrund ihres ausländerrechtlichen Status **Ausbildungsförderung nach BAföG oder SGB III (Berufsausbildungsbeihilfe - BAB) erhalten können**. Eine vorherige Erwerbstätigkeit ihrer Eltern ist nicht mehr erforderlich und wird künftig lediglich eine weitere Option sein, um einen BAföG- oder BAB- Anspruch zu erwerben. Infos: <http://fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/bafogeg.html>

#### Termine

6.12.2007, 17 Uhr	<p><a href="http://www.hier.geblieben.net/">http://www.hier.geblieben.net/</a> Für das ganze Bleiberecht und die UNO Kinderrechte! Knecht Ruprecht, Knecht Ruprecht - alter Gesell, pack deine Rute und spute dich schnell...</p> <p><b>Demonstration</b> <b>Für Zuwanderung ohne Rassismus und ein Bleiberecht für alle!</b> anlässlich der Innenministerkonferenz in Berlin</p> <p>Do 6.12.2007, Berlin (Achtung Route geändert!!!) 17.00 Uhr Kundgebungsbeginn / Alexanderplatz 17.45 Uhr Demonstrationsbeginn ca 20.00 Uhr Abschlusskundgebung gegenüber dem Radisson Hotel Berlin (Tagungsort der Innenminister) auf der Karl-Liebnecht-Brücke</p> <p>danach Filme, Musik, Kunst, Infos zur Flüchtlingspolitik (6.-10.12.07 Veranstaltungsreihe "Zwischen allen Fronten") und lecker Essen &amp; Trinken im &gt;&gt; NewYorck im Bethanien &lt;&lt; Bethanien-Südflügel, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin, weiter Informationen: <a href="http://www.yorck59.net/">http://www.yorck59.net/</a></p>
-------------------	---

6.12.2007, 15:30 Uhr	<b>„Light me Amadeu“ - Rassismus erkennen und überwinden</b> Demonstration für die Überwindung von Rassismus am Todestag des Amadeu Antonio, der in Eberswadfe so gejagt und geschlagen wurde, dass er am 6.12.1990 verstarb. 15:30 Uhr Markt Eberswalde. Kontakt: 03334 - 22 398, Begegnungszentrum Wege zur Gewaltfreiheit
----------------------	--

[www.ari-berlin.org/doku/titel.htm](http://www.ari-berlin.org/doku/titel.htm): >>> V o r a n k ü n d i g u n g e n <<<

**6. Dezember 2007: 17.00 Uhr - Alexanderplatz**

**Demonstration zur Innenministerkonferenz - Bleiberecht für Alle! Für Zuwanderung ohne Rassismus und ein Bleiberecht für alle!**

weiter Infos unter: <http://www.hier.geblieben.net/>

.....und anschließend .....und anschließend .....und anschließend .....Achtung erweitertes PROGRAMM !!!

Die Fronten, die dir als Flüchtling gegenüber stehen, sind vielfältig und immer brutal. Egal, wo du bist, du bist immer zwischen ihnen.

Einige dieser Fronten werden bei der Veranstaltungsreihe dargestellt, angesprochen, diskutiert, fühlbar & hörbar gemacht: Hunger Krieg Unterdrückung Verfolgung Gefängnis Folter Flucht Grenzen Militär Polizei Gesetze Lager Kontrollen Unterdrückung Verfolgung Flucht Abschiebehaft Abschiebung Auslieferung Verfolgung

Die Reihe beginnt nach der Demonstration zur Innenministerkonferenz "Bleiberecht für Alle!" und endet am "Tag der Menschenrechte"

VeranstalterInnen sind Basisgruppen und Einzelpersonen, die seit Jahren die Fronten dokumentieren und angreifen. Ein buntes Programm über die fünf Tage mit Informationsveranstaltungen, Diskussionen, Filmen, Live-Musik, Ausstellungen, einer Kunstaktion und einem Workshop.

Und es gibt Essen & Trinken.

### Program m

#### **Donnerstag 6.12.**

20.00 Uhr: Filme - Informationen - Musik & Tanz HIERGEBLIEBEN!

Jugendliche ohne Grenzen - Aktionsbündnis HIERGEBLIEBEN!

Die Festnahme einer 13-jährigen Schülerin aus dem laufenden Unterricht heraus empörten LehrerInnen und SchülerInnen gleichermaßen. Eine breite Vernetzung entwickelte sich, in der neben den Schulen, das GRIPS Theater, der Flüchtlingsrat Berlin, Pro Asyl und jugendliche Flüchtlinge (Jugendliche ohne Grenzen) zusammen arbeiteten. 2005 entstand das Theaterstück HIERGEBLIEBEN! und wurde zum bundesweit meist gespielten Stück des GRIPS-Theaters in dieser Zeit. Das Bündnis HIERGEBLIEBEN! hat wiederholt Appelle an die Innenministerkonferenzen gerichtet und bundesweit Gegenkonferenzen, Protestaktionen und Demonstrationen organisiert. Es fordert eine umfassende Bleiberechtsregelung und die vollständige Umsetzung der UNO-Kinderrechte. [www.jugendliche-ohne-grenzen.de](http://www.jugendliche-ohne-grenzen.de) - [www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net)

<<http://www.hier.geblieben.net>>

ab 20.00 Volxküche

danach Session und DJ und natürlich gibt es einen Infostand von Hier Geblieben und Jugendliche ohne Grenzen!!!

#### **Freitag 7.12.**

20.00 Uhr

Filme - Informationen - Diskussionen „Sie behandeln uns wie Tiere“ Zur Situation an den Außengrenzen der EU

Autofocus Videowerkstatt - Babylonia

Wir zeigen einen Film über Migrationsgründe, Wander-Routen und den Umgang mit MigrantInnen an der EU-Außengrenze, zusammengestellt aus Material des Projektes babylonia-transslum und der Videowerkstatt Autofocus. Anschließend berichten wir über die aktuelle Entwicklung, über FRONTEX, Lager für Minderjährige und Schlauchboote in der Ägäis.

#### **Samstag 8.12.**

17.00 Uhr: Workshop „Sichtbar werden“ Fünf Menschen und das Recht auf Aufenthalt

Initiative gegen Abschiebehaft.

Mit dem Workshop wird versucht, den TeilnehmerInnen die Themenkomplexe Migration, Flucht und Abschiebung zugänglich und die Lebensbedingungen von illegalisierten Menschen emotional erfahrbar zu machen. Das Konzept von Fabian Hickethier wurde von ARIC-Berlin umgesetzt.

[info@sichtbarwerden.de](mailto:info@sichtbarwerden.de) - [www.initiative-gegen-abschiebehaft.de](http://www.initiative-gegen-abschiebehaft.de)

19.00 Uhr : Dokumentarfilm, « Au clair de la lune » Leona Goldstein (BRD/Burkina Faso/Mali 2006)

Zehn Monate bereiste Leona Goldstein Burkina Faso, Mali und die Elfenbeinküste. Sie befragte Politiker, Künstler und Flüchtlinge nach ihren Visionen zu Europa und globalem Gleichgewicht. Der Film thematisiert die Verantwortung Europas an den afrikanischen Krisen. »Wenn ihr nicht wollt, dass jemand zu euch kommt, dann lasst ihm die Möglichkeit, seine Reichtümer selbst zu verwalten, und nehmt ihm nicht das, was er braucht, um würdevoll in seiner Heimat zu leben, während ihr gleichzeitig eure Tür doppelt verriegelt.« (Aminata Traoré)

20.00 Uhr Info- und Diskussionsveranstaltung Situation der Flüchtlinge in der BRD

Flüchtlingsinitiative Brandenburg

Die FIB kämpft seit über zehn Jahren gegen die Sondergesetze in der Asylpolitik und skandalisiert die Lebensbedingungen in den Lagern, die Residenzpflicht, Arbeitsverbote, Kriminalisierung und Illegalisierung von Flüchtlingen. Thema ist auch die Abschottungs- und Abschiebepolitik der BRD. Als autonome Flüchtlingsgruppe setzt sie sich aus FlüchtlingsvertreterInnen der einzelnen Flüchtlingsheime Brandenburgs zusammen und verfolgt die Vernetzung der einzelnen Heime. [www.fi-b.net](http://www.fi-b.net) <<http://www.fi-b.net>>  
Anschließend: African Music live

### **Sonntag 9.12.**

16.30 Uhr : Info- und Diskussionsveranstaltung „Abschiebehaft“

Köpenick: Fesselungen, Medizinische Versorgung

Initiative gegen Abschiebehaft

Die Initiative ist eine Berliner Gruppe, die seit 1994 zur Situation von Migrant-Innen und Flüchtlingen in der Abschiebehaft in Berlin arbeitet. Schwerpunkt sind die Besuche der Gefangenen in Köpenick. In bundesweiter Vernetzung mit anderen Abschiebehaftgruppen versucht die Initiative durch Kundgebungen, Demonstrationen und weitere Aktionen eine größere Öffentlichkeit zu informieren. Sie bietet auch Bildungseinheiten zum Thema an. Forderung: Die sofortige Abschaffung des Abschiebehaftsystems. [www.initiative-gegen-abschiebehaft.de](http://www.initiative-gegen-abschiebehaft.de) <<http://www.initiative-gegen-abschiebehaft.de>>

19.30 Uhr: Kabarett „Der Inländerbeauftragte“ mit Kalle Lenz

Kalle Lenz ist Pfarrer der katholischen Gemeinde St. Christophorus in Berlin Neukölln und unterstützt die Arbeitsgruppe Forum Asyl.

20.00 Uhr: Information und Diskussion „Kirchenasyl“

Forum Asyl mit St. Christophorus

In der Kirchenasylbewegung vernetzen sich bundesweit Kirchengemeinden, die bereit sind, Flüchtlinge vor der Abschiebung zu schützen. Sie gewähren Flüchtlingen Kirchenasyl. Der 1983 gegründete Verein Asyl in der Kirche berät in diesem Zusammenhang Gemeinden zu Flüchtlingsthemen und Kirchenasyl und verfolgt mittels Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Eine dieser Gruppen ist das Forum Asyl mit St. Christophorus in Berlin Neukölln. Den schutzsuchenden Flüchtlingen wird hier nicht nur Obdach und Versorgung gewährt, sondern auch juristische, medizinische oder psychologische Hilfe vermittelt. [www.kirchenasyl.de](http://www.kirchenasyl.de)

21.00 Uhr: Information und Diskussion „Menschenrechtsverletzungen im Iran“

Auch: Die Situation iran. Flüchtlinge in der BRD

Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen im Iran-Berlin e.V.

Das Komitee wurde 1997 von im Exil lebende IranerInnen und ehemaligen politischen Gefangenen gegründet. Es unterstützt alle Menschen, die wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu nationalen Minderheiten oder wegen des Protestes gegen die Regimedoktrin im Iran inhaftiert sind. Es informiert über unmenschliche Haftbedingungen, den nicht vorhandenen Rechtsbeistand, Todesstrafe, Steinigung und Lynchjustiz. Das Komitee fordert die Abschaffung der Todesstrafe, von Hinrichtungen und der frauenfeindlichen Gesetze. Das Komitee protestiert gegen terroristische Übergriffe gegen politisch und religiös Andersgläubige im In- und Ausland.

[kupg\\_iran@yahoo.de](mailto:kupg_iran@yahoo.de)

anschließend Frauen Musicgroup LOOLI - live

LOOLI gibt den ermordeten iranischen RegimegegnerInnen und politischen Gefangenen eine Stimme - gegen das Schweigen und gegen das Vergessen.

Die Gedichte der politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Islamischen Republik wurden Überlebenden Wort für Wort auswendig gelernt und erst vor Kurzem in einem Buch zusammengefasst und veröffentlicht. Getragen von der reichen poetischen Tradition der persischen Sprache und Literatur vermitteln diese Gedichte nicht nur einen Einblick in das Innere der Kerker, sondern vor allem in die Kraft, den Mut und die alltägliche Poesie der Menschen, die mit dem Letzten, was ihnen geblieben ist, dem Terror trotzen: mit ihrem Leben. [looli@shabakeh.org](mailto:looli@shabakeh.org).

### **Montag 10.12.**

19.00 Uhr: Musik BERNARD MAYO - solo & live AfroBeat

Mit 26 Jahren mußte der kritische Journalist, Grafiker, Musiker und Komponist Bernard Mayo vor dem Mobutu-Regime aus dem Kongo fliehen, um sein Leben zu retten. Als einer der wenigen anerkannten politischen Flüchtlinge lebt er seit 1994 in Berlin. Er komponiert, musiziert und singt in seiner Muttersprache Lingala - solo, zu zweit, zu dritt oder mit seiner internationalen Band. <http://www.bmayo.de>

20.00 Uhr

Vorstellung der Kampagne de\*fence - Weg mit den Zäunen!

15 Jahre faktische Abschaffung des Asylrechts

Initiative gegen das Chipkartensystem

Die Initiative kämpft seit Jahren erfolgreich gegen die rigidesten Formen der Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in Berlin und Brandenburg. Dazu gehören einerseits Protestaktionen gegen die zuständige Behörden und verantwortlichen PolitikerInnen, Patenschaften und sogenannte antirassistische Einkäufe, bei denen den Flüchtlingen die mit Chipkarten getätigten Einkäufe gegen Bargeld abgekauft werden.

Erfolg: In Berlin wurde das Chipkartensystem in allen Bezirken abgeschafft. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit ist die Unterstützung von Protesten, die die Flüchtlinge, auch in Brandenburg, gegen rassistische bürokratische Schikanen organisieren. Nächste Aktion am 15.12.07: „CHIPini goes Umland“ Antirassistische Einkaufs- und Protestaktion in Hennigsdorf

[www.chipkartenini.squat.net](http://www.chipkartenini.squat.net) <<http://www.chipkartenini.squat.net>>

**Täglich:**

Permanente Ausstellungen von Donnerstag, 6.12. bis Montag 10.12.2007

**Rauminstallation sPACEx farhad payar & yasmin khalifa**

Aufbruch in eine bessere Welt - Wohin? Wird die Erde unter den Füßen tragen? Werden die Füße den Menschen tragen? Der Raum mit den Schuhen, die im Kreis herum wandern, ist ein düsterer Raum. Die Betrachter werden froh sein, diese Rauminstallation im kalten Licht wieder zu verlassen. Unfreiwillig unterwegs zu sein: so fühlt sich dieser Raum an. [www.farhadpayar.com](http://www.farhadpayar.com)

**Ausstellung: Migration - Lager -Widerstand**

Kein Mensch ist illegal - Wendland

„Wir sind hier weil ihr unsere Länder zerstört!“ Die Zusammenhänge der Politik der G8 Staaten und Flucht und Migrationsbewegungen werden in dieser Ausstellung thematisiert: Globalisierung, EU-Außenlager in Ost-Europa und Afrika, die Rolle der IOM, minderjährige Flüchtlinge, Abschiebelager Halberstadt, Ceuta und Melilla, Migration und Widerstand.

**Foto-Galerie Es war Mord!**

Am 7. Januar 2005 verbrannte der Asylbewerber Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau - an Händen und Füßen und auf einer Pritsche gefesselt. Nur massive Proteste von Flüchtlingen und die Skandalisierung vieler Widersprüche konnten die Einstellung der staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen die Polizei verhindern. Seit Ende März 2007 stehen zwei der verantwortlichen Polizisten vor Gericht.

Initiative Oury Jalloh. <http://initiativeouryjalloh.wordpress.com>

**Video-Schleife Tödliche Flüchtlingspolitik**

SpaziergängerInnen im Görlitzer Park lesen aus der Dokumentation „Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“ vor. Geschehnisse in denen Flüchtlinge zu Tode kamen: an den deutschen Grenzen, vor während oder nach der Abschiebung, durch unterlassene Hilfeleistung, durch rassistische Angriffe auf die Heime oder auf der Straße.

**KanalB (www.kanalb.org)** - Antirassistische Initiative (Dokumentationsstelle) ([www.ari-berlin.org/doku/titel.htm](http://www.ari-berlin.org/doku/titel.htm))

Foto-Dokumentation

**Kampf für gleiche Rechte**

**Widerstands- und Protestaktionen der Flüchtlingsbewegung**

Der Widerstand der Flüchtlinge ist vielfältig. Einen Eindruck der zahlreichen und phantasievollen Aktionen der Flüchtlinge geben die Fotos, die parallel zu den Veranstaltungen, auf einer großen Leinwand im Flur der Veranstaltungsetage in Serie dargestellt werden.

Umbruch-Bildarchiv ([www.umbruch-bildarchiv.de](http://www.umbruch-bildarchiv.de)) - Antirassistische Initiative (Dokumentationsstelle)

und natürlich: Lecker Essen & Trinken, Musik und gemütliches Beisammensein, Es kochen unterschiedliche Gruppen die leckersten Speisen

Mit freundlicher Unterstützung von [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

NewYorck im Bethanien Raum emanzipatorischer Projekte <<

Bethanien-Südflügel - Mariannenplatz 2 - 10997 Berlin-Kreuzberg, [www.yorck59.net](http://www.yorck59.net)

**KONTAKT:**

Antirassistische Initiative Berlin >> DokumentationsStelle <<

Mariannenplatz 2 - 10997 Berlin - Haus Bethanien - Südflügel

[ari-berlin-dok@gmx.de](mailto:ari-berlin-dok@gmx.de) - Fon 030 617 40 440 - Fax 030 627 05 905

"Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen": [www.ari-berlin.org/doku/titel.htm](http://www.ari-berlin.org/doku/titel.htm)

Urteile

- **Neuer Zeitpunkt für die Beurteilung der Ausweisung von Ausländern**

<http://www.bverwg.de/enid/981073491b2379118c5c5e636c25f7ea,b463cf7365617263685f646973706c6179436f6e7461696e6572092d0939343639093a095f7472636964092d09353737/Pressemitteilungen/Pressemitt>

[eilungen\\_9d.html](#) Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat heute entschieden, dass bei Ausweisungen von Ausländern Änderungen der Sach- und Rechtslage von den Tatsachengerichten zu berücksichtigen sind. Bisher hatte der für das Ausländerrecht zuständige 1. Senat aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) nur bei EU-Bürgern und weiteren gemeinschaftsrechtlich privilegierten Ausländern die Berücksichtigung nachträglicher Veränderungen verlangt. Durch die heutige Entscheidung wird die bisherige Rechtsprechung, wonach bei den übrigen Ausländern (sog. Drittstaater) auf den Zeitpunkt der behördlichen Ausweisungsverfügung abzustellen ist, aufgegeben und der maßgebliche Zeitpunkt für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit einer Ausweisung nunmehr auch für diese Ausländer ins gerichtliche Verfahren verlagert. In dem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht ging es um die Ausweisung eines 32-jährigen jugoslawischen Staatsangehörigen, der im Alter von 18 Jahren nach Deutschland gekommen war und 1999 eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten hatte. Im November 2002 wurde er aus dem Bundesgebiet ausgewiesen, nachdem er wegen Geldwäsche zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen verurteilt worden war. Widerspruch und Klage blieben ohne Erfolg. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hob die Ausweisung hingegen auf. Er stellte bei seiner Entscheidung auf die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt des Widerspruchsbescheides ab und hielt die Ausweisung angesichts der besonderen Umstände der Tat sowie der Integration des seit 1993 erwerbstätigen Klägers für unverhältnismäßig. Auf die Revision des beklagten Landes hat der 1. Senat entschieden, dass nunmehr in allen Ausweisungsverfahren auf den Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung oder Entscheidung der Tatsachengerichte abzustellen ist. Das gilt ab Inkrafttreten des Richtlinienumsetzungsgesetzes im August 2007. Der Senat hat dies im Wege einer Gesamtschau insbesondere auf zwei Gründe gestützt. Zum einen ist nach der neueren Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und des Bundesverfassungsgerichts zur Verhältnismäßigkeit von Ausweisungen im Hinblick auf einen möglichen Eingriff in das Privat- und Familienleben (Art. 8 EMRK) und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) eine Prüfung nach den aktuellen Verhältnissen erforderlich. Zum anderen verlangen inzwischen auch einige der dem Richtlinienumsetzungsgesetz zugrundeliegenden EU-Richtlinien von den Gerichten hinsichtlich der Ausweisung bestimmter Drittstaater eine zeitnahe Beurteilung der Gefahr, die von dem Ausländer für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht. Im Fall des Klägers führt die Verlagerung des maßgeblichen Zeitpunkts für die Beurteilung der Ausweisung zur Zurückverweisung des Rechtsstreits an den Verwaltungsgerichtshof. Denn dieser hat - nach damaliger Rechtslage konsequent - nur Feststellungen für die Sachlage zum Zeitpunkt des Abschlusses des behördlichen Ausweisungsverfahrens im Jahr 2002 getroffen. Der Verwaltungsgerichtshof wird nunmehr auf die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt seiner Entscheidung abzustellen haben. Dabei wird er auch zu berücksichtigen haben, dass der Kläger sich aufgrund der durch das Zuwanderungsgesetz zum 1. Januar 2005 geänderten Rechtslage und der damit verbundenen gesetzgeberischen Aufwertung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis auf besonderen Ausweisungsschutz berufen kann. BVerwG 1 C 45.06 - Urteil vom 15. November 2007

- Bundesministeriums des Innern: Publiziert am 15. Nov 2007 Themen: **S taatsangehörigkeit, Zuwanderung und Integration, Ausländer /Flüchtlinge /Asyl**: Vorläufige Anwendungshinweise des Bundesministeriums des Innern vom 19. Oktober 2007 Diese vorläufigen Anwendungshinweise berücksichtigen neben den Änderungen durch das "Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union vom 19. August 2007 (BGBl. I S. 1970)" noch die mit dem Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze vom 14. März 2005 (BGBl. I S. 122) vorgenommenen früheren Änderungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG). Sie dienen der sachgerechten Anwendung der geänderten gesetzlichen Vorschriften von ihrem Inkrafttreten bis zur Anpassung der einschlägigen Bestimmungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht gemäß Artikel 84 Abs. 2 GG.
- Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Pressemitteilung vom 19.11.2007 zum Urteil vom 14.11.2007 - 23 B 07.30496 - "Abschiebungsschutz für Sunniten aus dem Zentralirak wegen drohender Gruppenverfolgung". Der Volltext der Gerichtsentscheidung ist derzeit noch nicht öffentlich zugänglich. Der BayVGH hat die asylrelevante Gefahr der Gruppenverfolgung für arabische Sunniten im Zentralirak und damit die Voraussetzungen für das Abschiebungsverbot gemäß § 60 Abs. 1 AufenthG bejaht. **Anmerkung:** Diese aktuelle Entscheidung ist eine wichtige Argumentationshilfe in anhängigen Asylerstverfahren und asylrechtlichen Widerrufsverfahren, aber auch für Asylfolgeanträge von derzeit geduldeten irakischen arabischen Sunniten. Es ist allerdings gegenwärtig noch offen, ob das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) diese Berufungsentscheidung akzeptiert oder dagegen die Beschwerde wegen Nichtzulassung der Revision erhebt. Es ist also gegenwärtig offen, ob das BAMF sich bei seiner weiteren Entscheidungspraxis - ggfs. auch über die Landesgrenzen von Bayern hinaus - an den Feststellungen in dem Urteil des BayVGH vom 14.11.2007 - 23 B 07.30496 - orientieren wird. Hinsichtlich der Entscheidungspraxis des BAMF zugunsten von irakischen Christen hatte das Urteil des BayVGH vom 08.02.2007 - 23 B 06.30866 - wegweisende Wirkung. Das Bundesministerium des Innern (BMI) hatte mit Schreiben vom 15.05.2007 -M I 4 - 125 421 IRQ/0 - das BAMF aufgefordert, bei den Angehöriger religiöser Minderheiten aus dem Irak von einer Gruppenverfolgung durch nichtstaatliche Akteure auszugehen, sofern keine innerstaatliche Fluchtalternative im kurdisch verwalteten Nordirak besteht (anbei als Dateianlage). Damit stellt sich die Frage, ob das BMI und das BAMF sich nunmehr gleichermaßen auch bezüglich der

arabischen Sunniten aus dem Zentral- und Südirak an dem Urteil des BayVG vom 14.11.2007 orientieren werden, oder ob es den Betroffenen überlassen bleibt, ihr Asylansuchen jeweils individuell vor dem örtlich zuständigen Gericht durchzustreiten. (RA Ton, Dresden)

- VG Schwerin, 19.10.2007, 6 B 521.07, **Duldungsanspruch des Vaters bei Risikoschwangerschaft, obwohl Geburt erst in einigen Monaten**
- BVerwG, 04.09.2007, 1 C 21.07, **Altausweisung von Unionsbürgern bleiben auch nach Inkrafttreten des FreizügG am 01.01.2005 wirksam**
- VG Magdeburg, 13.11.2007, 7 B 573/07 MD, **Anordnung der aufschiebenden Wirkung nach Nachweis durch türkischen Rechtsanwalt, dass gegen Antragsteller ein Haftbefehl ergangen ist.**
- VG Chemnitz, 29.06.2007, A 2 K 923.05, **§ 60 Abs. 1 wegen Vorstandsmitgliedschaft in einem kurdischen Verein, keine herausragende Tätigkeit. VG Chemnitz behält seine Rspr. zu Vereinsvorständen bei. Rechtskräftig**
- RiVG Müller-Thuns, 12.11.2007, **Reisebericht Türkei der Richter am VG Berlin Hennecke und Müller-Thuns vom 12.11.2007**
- AG Zeven, 24.09.2007, 8 Cs 115 Js 6833/07, **Eine Verlassenserlaubnis ist für die persönliche Anmeldung der Eheschließung und Heirat nicht erforderlich. daher kein Gebietsverstoß**
- VG Berlin, 05.11.2007, VG 37 X 193.05, **auch nach neuem Lagebericht: PTBS in Serbien behandelbar**
- Innenministerium NRW, **Fragebogen Sicherheitsüberprüfung NRW, Erlass, Sicherheitsbefragung, Sicherheitsüberprüfung, Terrorismus, Fragebogen**
- Innenministerium Brandenburg, **Erlass über Mitwirkungspflichten des Standesbeamten gegenüber Polizei und Ausländerbehörde**
- OVG Hamburg, 18.10.2007, 4 Bf 75/06, **keine Kostenerstattungspflicht bei rechtswidriger Abschiebung - vorläufiges Aufenthaltsrecht während der Prüfung der Freizügigkeitsvoraussetzungen**

#### Tipps und Sonstiges

- Internationale Migranten überweisen weltweit jährlich rund 250 Milliarden US Dollar an ihre Familien in den Herkunftsländern. Dieser enorme Kapitalzufluss ist mehr als doppelt so hoch wie die weltweiten Entwicklungszahlungen. Diese Geldtransfers sind oftmals mit sehr hohen Gebühren verbunden und werden in einem intransparenten Markt getätigt. Um die Vergleichbarkeit und den Wettbewerb der Anbieter zu stärken, wurde eine Serviceplattform für Migranten im Internet geschaffen. Unter [www.geldtransfair.de](http://www.geldtransfair.de) können sich in Deutschland lebende Migranten künftig schnell einen Überblick über die verschiedenen Finanzdienstleister sowie Gebühren und Dauer der Überweisungen verschaffen. Diese Webseite wird im Rahmen einer internationalen Konferenz zum Thema Remittances am 29. November im Bundesministerium der Finanzen in Berlin freigeschaltet <http://www.geldtransfair.de/>

#### Brandenburg live, November 2007

Quelle: [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)

#### 04.11.2007 » Lübben (Spreewald) / Dahme-Spreewald

Lübben Auf dem Rückweg von einer Feier wurden vier alternative Jugendliche von einem wegen Körperverletzung mit rechtsextremen Hintergrund Vorbestraften angegriffen. Zwei Jugendliche erhielten mehrere Schläge ins Gesicht, einem anderen wurden zwei Zähne ausgeschlagen. (Quelle: OPP)

#### 03.11.2007 » Potsdam / Potsdam

Potsdam In den frühen Morgenstunden wurde in der Innenstadt ein 20-jähriger Brite und seine Begleiter von drei Rechten nach ihrer Herkunft gefragt. Als der Brite auf Englisch antwortete, begannen die Männer einen Streit und einer von ihnen stieß dem 20-Jährigen den Ellenbogen ins Gesicht. Die drei Rechten im Alter von 26, 25 und 19 Jahren wurden vorübergehend festgenommen. Der 26-jährige Hauptverdächtige ist u.a. wegen dem Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole bekannt. (Quelle: PNN, 06.11.2007)

#### Pro Asyl Infoservice Nr. 129

Hier der Inhalt des neuen newsletters Pro Asyl, runterzuladen unter:

Newsletter Nr. 129 Oktober 2007

<http://www.proasyl.de/de/archiv/newsletter-ausgaben/nl-2006/newsletter-nr-129/index.html>

#### Allgemeine Meldungen

- Beschäftigungsagentur für Arbeit hat Durchführungsanweisungen zur Beschäftigungsverfahrensordnung aktualisiert
- Hochschulabsolventen-Zugangsverordnung in Kraft getreten
- "Land in Sicht"
- Hinweise zu den wesentlichen Änderungen beim Familiennachzug

- Das Leiden der Familie Siala/Salame geht weiter
- Gesetzliche Anerkennung von geschlechtsspezifischer Verfolgung durch das Zuwanderungsgesetz - was hat sich in der Praxis geändert?
- Deutscher Frauenrat fordert: "Schutz und Betreuung von Opfern verbessern"
- "Alltägliche Ungewissheit"
- Deutscher Caritasverband: Staat muss sich mit den Notlagen der Menschen in
- aufenthaltsrechtlicher Illegalität auseinandersetzen!
- Gesundheitsversorgung und Versorgungsbedarf von Menschen ohne legalen
- Aufenthaltsstatus
- Missbrauch medizinischer Begriffe durch das BAMF
- Folteropfer brauchen spezielle Schmerztherapien
- "Flüchtlingsleben in der Welt und in Schleswig-Holstein"
- "Abschiebung mit Todesfolge?"
- "Odyssee eines tschetschenischen Flüchtlings"
- Polizeieinsatz mit Overkill
- Proteste parallel zur Innenministerkonferenz geplant
- 8. Dezember 2007 in München: Demonstration gegen die anhaltenden
- Irak-Abschiebungen
- "Buschisten - weltweit"

### **Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen**

- Newsletter der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) weist auf verschiedene aktuelle Veröffentlichungen hin
- Auch der Golf von Aden ist eine Region der Flüchtlingstragödien
- Afghanische Regierung hat dreijähriges Moratorium gegen die Todesstrafe beendet
- PRO ASYL kritisiert deutschen Umgang mit birmanischen Flüchtlingen
- Bundesregierung: Keine Zweifel an der Zuverlässigkeit des Vorgehens der guineischen Sicherheitskräfte bei Botschaftsvorfürungen
- Bedenkenswertes Nachspiel zu Sammelvorfürungen von Georgiern
- Menschenrechtssituation im Irak und in den Nachbarstaaten
- Kanadische Grenzbehörden schicken Asylsuchende ohne Prüfung in die USA zurück
- Massive Übergriffe auf die Zivilbevölkerung vor im Ostkongo
- "Rückkehr in Sicherheit und Würde - zur Rolle der Mission der Vereinten Nationen im Kosovo"
- UN-Sonderberichterstatter gegen Folter besuchte Sri Lanka
- PRO ASYL hat sich dem Appell "Die Waffen nieder" im türkisch-kurdischen Konflikt! angeschlossen
- Zeitungsmeldungen zu Usbekistan

### **Europameldungen**

- Griechische Ostägäis ist zu einer Hauptflüchtlingsroute geworden
- Studie "Grenzschutz und Menschenrechte" erschienen
- "Erklärung von Oujda" / Razzien in Marokko
- Schweden das ist Hauptaufnahmeland von irakischen Flüchtlingen in der EU
- Innenausschuss des Europaparlaments hat dem Vorschlag einer Richtlinie über gemeinsame Normen und Verfahren zur Rückführung auffälliger Drittstaatsangehöriger zugestimmt
- Menschen ohne Papiere: Zugang zur medizinischen Versorgung in verschiedenen europäischen Staaten

### **Meldungen aus:**

a.. Frankreich - b.. Großbritannien - c.. Italien - d.. Malta - e.. Niederlande - f.. Österreich g.. Polen - h.. Schweiz - i.. Slowakei - j.. Zypern

+++++

### **„Hier geblieben!“ Aufruf**

Der Bundestag und der Bundesrat haben im Sommer mit dem "neuen Zuwanderungsgesetz" zahllose Verschärfungen beschlossen: die Erschwerung des Familiennachzugs, die Erschwerung der Einbürgerung für junge MigrantInnen, Sanktionen bei Nichtteilnahme an Integrationskursen, verminderter Leistungsbezug auf vier Jahre für nicht anerkannte Flüchtlinge, verschärfte Ausweisung und vieles mehr.

Außerdem gibt es nach wie vor kein effektives Bleiberecht, keine Regelung für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, wie zum Beispiel Kranke oder traumatisierte Flüchtlinge, Alte oder Erwerbsunfähige.

Die sichtbaren Folgen der bundesweiten Flüchtlingspolitik bedeuten 351 Tote (Quelle: ARI, Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen 1993- 2006)! Deutschland ist treibende Kraft der EU --

Abschottungspolitik. Mit weiteren tödlichen Folgen: Nach Schätzungen sind über 10.000 Menschen im vergangenen Jahr bei dem Versuch nach Europa zu gelangen gestorben.

Wir fordern diese IMK sowie die PolitikerInnen der Bundesrepublik auf:

- Umgehend einen Abschiebestopp für alle Flüchtlinge zu verhängen!
- Zuwanderung ohne Rassismus und ein ganzes Bleiberecht umzusetzen.
- Abgeschobenen Menschen die Rückkehr in ihre Heimat - die Bundesrepublik Deutschland - zu ermöglichen.
- Menschen ohne Papiere ein Bleiberecht zu geben!
- Sowie Zäune und Mauern um Europa abzuschaffen, Fluchtwege zu öffnen und Menschen in Not großzügig aufzunehmen.
- Die Kinder- und Menschenrechte der UNO vollständig in der Bundesrepublik zu respektieren und umzusetzen!

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, rufen wir euch auf, mit uns gemeinsam am Nikolaustag phantasievoll gekleidet und mit Gedichten und Engelsgesängen gegen Ungleichheit und Diskriminierung auf die Straßen zu gehen!

Für Gleichheit und Gerechtigkeit, für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen!

UnterzeichnerInnen: Aktionsbündnis Hier Geblieben!, Anti-Diskriminierungsbüro (ADB) Berlin e. V., Antirassistische Initiative Berlin, Banda Agita, BBZ Berlin, Bürengruppe Paderborn, Flüchtlingsrat Hessen, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Flüchtlingsrat Hamburg e.V. JoG - Jugendliche ohne Grenzen, JoG - Bayern, JoG - Berlin, JoG - Hessen, Bleiberechtsbüro München; Flüchtlingsrat Berlin, Jugendnetz Wetzlar, GRIPS Theater, Initiative gegen das Chipkartensystem, Kurdische Demokratische Gemeinde zu Berlin-Brandenburg e.V., Netzwerk Selbsthilfe e.V., Theater PFÜTZE Nürnberg, Annabelle Ahrens, Ulla Jelpke - MdB für DIE LINKE, Jessica Tiesche, Erich Röper, WeGe ins Leben e.V., WIB Wetzlarer Initiative für Bleiberecht, Initiative gegen Abschiebehaft Berlin, Linksjugend [solid] Brandenburg, DANBB Deutsch-Afrikanisches Netzwerk Berlin-Brandenburg, Verband für interkulturelle Arbeit (VIA), Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V., ARAB - Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin, Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (Berliner VVN-BdA) e.V., Sevim Dagdelen, MdB - Sprecherin für Migration und Integration - Fraktion DIE LINKE., Linksjugend [solid], Plenum der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung Frankfurt am Main - KAV, Antifaschistische Initiative Moabit [AIM], Internationale Liga für Menschenrechte ...  
weiter Informationen unter:<http://www.hier.geblieben.net/> - <http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/> - <http://jogspace.net/> - <http://www.yorck59.net/>